

Der Mindestlohn kommt – die SPD hält Wort

Von Gabriele Hiller-Ohm

Der Bundestag hat am 3. Juli das Tarifautonomiestärkungsgesetz verabschiedet und der Bundesrat hat am 11. Juli zugestimmt. Herzstück des Gesetzes ist der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Er gilt für alle Branchen, in Ost und West gleich. Damit setzt die SPD einen historischen Meilenstein für gute Arbeit. Mit dem Gesetz wird außerdem die Tarifbindung gestärkt. Das ist ein historischer Erfolg, der das Leben von etwa vier Millionen Menschen in Deutschland verbessert, Niedrig-Löhnen einen Riegel vorschreibt und damit für mehr Gerechtigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft sorgt. Rund 150.000 Bürgerinnen und Bürger werden in Schleswig-Holstein vom Mindestlohn profitieren und künftig mehr verdienen.

Nach jahrelanger Kraftanstrengung gemeinsam mit den Gewerkschaften kommt der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde ab dem 1. Januar 2015. Damit löst die SPD ein zentrales Wahlversprechen ein. Abweichungen sind nur durch die im Koalitionsvertrag vereinbarten Übergangsregelungen bis Ende 2016 möglich.

Flächendeckend gilt der Mindestlohn ab 1.1.2017

Ab 1. Januar 2017 gilt der Mindestlohn dann flächendeckend in ganz Deutschland für alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – und zwar ausnahmslos für alle Branchen.

Abschaffung der Generation-Praktikum

Gleichzeitig werden mit dem Mindestlohn auch die Ausbeutung von Praktikantinnen und Praktikanten beendet und faire



Gabriele Hiller-Ohm

Regeln geschaffen. Die sogenannte *Generation Praktikum*, die nach ihren Abschlüssen vollwertige Arbeit ohne Bezahlung leistet, wird es ab dem nächsten Jahr nicht mehr geben. Denn ausgenommen vom Mindestlohn sind lediglich Praktika vor oder während der Ausbildung oder dem Studium von bis zu drei Monaten.

Der Mindestlohn gilt nicht für ehrenamtliche Tätigkeiten, für Ausbildungsverhältnisse und Jugendliche unter 18 Jahren ohne Berufsabschluss, damit sie nicht wegen besser bezahlter Hilfstätigkeiten auf eine Ausbildung verzichten.

Um das gesamte Gesetzespaket gegen unseren Koalitionspartner durchsetzen zu können, mussten wir zudem den Kompromiss eingehen, dass bei Langzeitarbeitslosen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, in den ersten sechs Monaten vom Mindestlohn abgewichen werden kann. Ob dies zu besseren Beschäftigungschancen von Langzeitarbeitslosen führt, wird bis 2016 überprüft.

Anpassung und Kontrolle durch den Zoll, der 1.600 Stellen mehr bekommt

Die Höhe des Mindestlohns wird regelmäßig alle zwei Jahre von einer Kommission der Tarifpartner angepasst, die sich an der Tarifent-

wicklung orientiert. Ganz wichtig ist, dass die Einhaltung des Mindestlohns gut kontrolliert wird. Dafür ist die Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls zuständig. Damit der Zoll den Mindestlohn auch wirksam kontrollieren kann, schaffen wir 1.600 neue Stellen.

Zusätzlich wird eine Informationsstelle eingerichtet, an die sich Arbeitgeber und Beschäftigte auch telefonisch wenden können, wenn der Mindestlohn nicht bezahlt wird oder um Fragen zu klären.

Öffnung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes

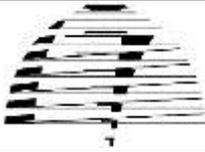
Außerdem werden mit dem Tarifautonomiestärkungsgesetz die Allgemeinverbindlichkeitserklärungen ganzer Tarifverträge erleichtert und das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, wodurch höhere Branchenmindestlöhne möglich sind, für alle Branchen geöffnet.

Die hierüber beschlossenen Tarifverträge oder Mindestlöhne gelten dann verbindlich für alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer der jeweiligen Branche.

Ausführliche Informationen zum Gesetz gibt es unter www.dermindestlohn-kommt.de oder über das Bürgertelefon des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales unter 030 / 221 911 004.

Inhalt dieser Ausgabe

- Kampf um längere Ferienzeit (S. 2)
- Standpunkt: Bildungsfragen im Bund (S. 3)
- TTIP: Wie viel Freiheit braucht Handel? (S. 4)
- SPD-Erfolge im Haushaltsausschuss (S. 5)
- Gastbeitrag von Ulrike Rodust (S. 6)
- Terminrückschau der Landesgruppe (S. 7)
- Impressum (S. 7)
- Eine neue Gründerzeit für Deutschland einläuten! (S. 8)
- Interview mit Dr. Hans-Peter Bartels zur Sicherheitspolitik (S. 9)
- Terminankündigungen (S. 9)
- Tipps für die Sommerferien (S. 10-11)
- Willkommenskultur mit Leben füllen (S. 12)
- Gute Nachrichten für unsere Wasserstraßen (S. 12)
- Schnelles Internet für alle (S. 12)
- Demokratie leben! (S. 13)
- Das ElterngeldPlus kommt (S. 13)
- Frauen in Führungspositionen (S. 13)
- Terminrückschau (S. 14-15)
- Mit Gauck auf Staatsbesuch in Norwegen (S. 16)



Kampf um längere Ferienzeit: Sommerferienkorridor wird etwas breiter

Von Gabriele Hiller-Ohm

Staus auf den Autobahnen, überfüllte Züge, überbuchte Hotels und hohe Preise für die Urlaubsquartiere – Jahr für Jahr wiederholt sich dieses Szenario in der Hochsaison in Deutschland, insbesondere in so beliebten Urlaubsländern wie Schleswig-Holstein. Leider wird sich daran in den nächsten Jahren nur wenig ändern. Das liegt an den Bedenken der Bildungsministerinnen und -minister der Bundesländer. Schleswig-Holstein hatte sich bis zum Schluss für eine stärkere Ausweitung eingesetzt – die es nach einem Kompromiss der Länder nun aber zumindest teilweise gibt.

Mitte Juni hat die zuständige Kultusministerkonferenz der Bundesländer die Sommerferienzeiten für den Zeitraum von 2018 bis 2024 festgelegt. Im Durchschnitt der sieben Jahre ab 2018 liegen die Ferien in einem Korridor von 84,6 Tagen – vom ersten bis zum letzten Sommerferientag der einzelnen Länder.

Ursprünglich hatten die Kultusministerinnen und -minister nur einen durchschnittlichen Sommerferienkorridor von 81,6 Tagen vorgeschlagen. Der neue Ferienkorridor für 2018-2024 sieht im Schnitt 3,3 Tage mehr vor als die Sommerferienzeiten 2011-2017.

Verzerrung statt Entzerrung?

Allerdings ergibt sich der Zuwachs vor allem dadurch, dass die Pfingstferien Baden-Württembergs und Bayerns im Jahr 2019 mitgerechnet werden, weil diese sich knapp mit dem Beginn der Sommerferien in Berlin und Brandenburg überschneiden.

Der Deutsche Tourismusverband verweist darauf, dass Pfingstferien keine Sommerferien sind und die wenigsten Familien ihren Jahresurlaub in die deutlich kürzeren Pfingstferien legen dürften.

Zieht man die Pfingstferien wieder ab, verringert sich der Durchschnitt auf 82,9 Ferientage. Dies stellt zwar eine geringfügige Verbesserung gegenüber dem ursprünglichen Entwurf von 81,6 Tagen dar.

Ein weitreichendes Entgegenkommen gegenüber den Belangen der Tourismusbranche und Reisenden, wie es die Kultusministerkonferenz bewertet, ist das aber nicht.

In den Jahren 2018 und 2022 betragen die Sommerferien sogar nur 80 Tage. Das Ergebnis der Kultusministerkonferenz ist faktisch eher eine Verzerrung als eine Entzerrung der künftigen Sommerferienregelung.

90 Ferientage wären erreichbar – 2014 sind es nur 71 Tage

Die Landesgruppe Schleswig-Holstein und die Arbeitsgruppe Tourismus der SPD-Bundestagsfraktion hatten sich, wie die Wirtschaftsministerkonferenz der Länder, Tourismusverbände und Tourismusbranche, für eine Ausschöpfung eines Sommerferienkorridors von 90 Tagen eingesetzt. Dies war Ende der 90er Jahre noch der Fall.

Stete Verkürzung durch einseitige Überlegungen

Danach wurde der Zeitraum vom ersten bis zum letzten Ferientag

immer kürzer. Der Grund: Die Kultusministerkonferenz zog bei der Festlegung der Sommerferienzeitregelung immer stärker allein pädagogische und schulorganisatorische Überlegungen heran.

Minusrekord bei den Ferientagen

Eine gleichmäßige Gewichtung bildungspolitischer, arbeitsmarktpolitischer, gesundheitspolitischer, verkehrspolitischer und wirtschaftspolitischer Gesichtspunkte blieb dagegen aus.

Dies hat dazu geführt, dass der diesjährige Sommerferienkorridor sogar nur 71 Tage beträgt – ein Minusrekord.

Kurzer Ferienzeitraum schadet nicht nur Reisenden

Der extrem kurze Sommerferienzeitraum in Deutschland schadet vielen Reisenden, aber auch den in der Tourismuswirtschaft Tätigen erheblich. Urlauberinnen und Urlauber leiden unter überlasteten Straßen und übervollen öffentlichen Verkehrsmitteln.

Die überfüllten Ferienregionen führen in der kurzen Hochsaison

zu Preissteigerungen in Beherbergung und Gastronomie. Dies belastet zusätzlich das Urlaubsbudget und beeinträchtigt den Erholungswert des Urlaubes, insbesondere für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern.

Mehr touristische Auslastung zum Erhalt von Unternehmen

Den meist mittelständisch geprägten touristischen Unternehmen entgeht ein großer Teil ihrer Einkommen durch zu geringe Auslastung der Ferienregionen im Juni und September.

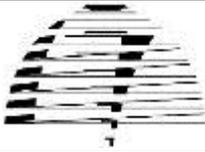
Einbußen von bis zu 120 Mio. Euro pro Tag

Nach Angaben des Deutschen Tourismusverbandes bedeutet jeder entfallende Ferientag für den Deutschlandtourismus eine Einbuße von bis zu 120 Millionen Euro.

Dies hat auch negative Auswirkungen auf das Arbeitsplatzangebot. Aus diesen Gründen ist ein Einsatz für eine Ausdehnung des Sommerferienzeitraums weiter notwendig.



Gabriele Hiller-Ohm (4.v.l.) mit dem schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsminister und DTV-Präsidenten Reinhard Meyer (3.v.l.) und Regina Poersch, schleswig-holsteinische SPD-Landtagsabgeordnete, auf der Internationalen Tourismus-Börse 2014



Durchbruch bei Bildungsfragen im Bund – auch Schleswig-Holstein profitiert

Standpunkt

„Ende gut – fast alles gut.“

So kommentiert Dr. Ernst Dieter Rossmann den Durchbruch bei den Bildungsfragen im Bund. Es war schon ein weitreichendes Konzept, das die drei Parteivorsitzenden der Großen Koalition am 26. Mai 2014 bei der Ausgestaltung des Koalitionsvertrages nachverhandelt haben.

Nicht nur die Frage, wie die zusätzlichen Mittel von neun Milliarden Euro des Bundes für Bildung und Forschung in dieser Legislaturperiode aufgeteilt und bei Bund und Ländern platziert werden sollen, stand zur Verhandlung – auch die zukünftige Struktur für die Finanzierung des BAföG sowie die offene Frage nach der Verfassungsarchitektur für die Förderung von Bildung und Forschung waren Thema.

Für die SPD war schon bei den Koalitionsverhandlungen klar, was unsere Ziele sind:

1. Es sollte deutlich mehr Geld für Bildung und Forschung geben.
2. Die Bundesländer, die über 60 Prozent der Ausgaben für Bildung in Deutschland tragen, sollten in ihrem Einsatz für mehr und bessere Bildung unterstützt und entlastet werden.
3. Die Entlastung sollte nachhaltig sein und den Ländern den nötigen Spielraum in der Gestaltung ihrer jeweiligen landesspezifischen Bildungspolitik ermöglichen.
4. Die Finanzierung des BAföG sollte in eine Hand kommen, damit die endlosen Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern um die Weiterentwicklung, respektive Finanzierung des BAföG notwendige Verbesserungen und Reformen nicht behindern.
5. Wir wollten und wollen die Abschaffung des Kooperationsverbotes über die gesamte Bildungsbiografie, damit Bund und Länder in der Finanzierung und Gestaltung des deutschen Bildungswesens konstruktiv und

effektiv zusammenwirken können.

Die SPD hat sich klar durchgesetzt

Nach der Entscheidung der drei Parteivorsitzenden bleibt als Fazit für die SPD: Wir haben uns in vielen Forderungen sehr gut durchsetzen können:

1. Die Länder bekommen deutlich mehr Geld, das sie für frühkindliche Bildung, Schulen und Hochschulen einsetzen können.
2. Die Finanzverhältnisse beim BAföG sind jetzt eindeutig. Der Bund kann handeln, ohne dass ihm die Länder wesentlich dazwischenfunken.
3. Die Entlastung für die Länder ist nachhaltig und nicht zeitlich begrenzt.
4. Auch in der Forschungsförderung sollen strukturelle Ungleichgewichte in der deutschen Forschungslandschaft bei Neuinvestitionen berücksichtigt werden. Der regionale Aspekt soll Beachtung finden.
5. Die BAföG-Partei SPD hat durchgesetzt, dass es eine substantielle BAföG-Reform mit deutlichen Verbesserungen in dieser Legislaturperiode geben wird.
6. Bei der Aufhebung des Kooperationsverbotes ist ein erster großer Schritt getan. Bund und Länder können zukünftig in der Finanzierung der Hochschulen, und damit auch in der Gestaltung von Grundfragen der Hochschulpolitik, uneingeschränkt zusammenwirken, solange dies von allen Ländern mitgetragen wird.
7. Ganz konkret werden die Hochschulen bis mindestens 2020 durch einen Hochschulpakt III in ihren konkreten Aufgaben und bei der Bewältigung der wachsenden Studierendenzahl unterstützt.

Fast 37 Mio. Euro PLUS für Schleswig-Holstein

In Zahlen bedeutet dies für Schleswig-Holstein, dass allein durch die hundertprozentige Übernahme der BAföG-Kosten vom Bund in Schleswig-Holstein 36,4 Mio. Euro im Jahr frei werden, die für Bildung eingesetzt werden können.

Die Küstenkoalition hat sich an dieser Stelle sehr vorbildlich verhalten und nicht lange gezögert das Geld komplett in die Verbesserung der Bildungsangebote einfließen zu lassen. Die Mittel werden in 728 zusätzliche Lehrerstellen für eine bessere Unterrichtsversorgung und einen Vertretungsfonds investiert. Außerdem sollen 314 Schulassistentenstellen zur Unterstützung der Inklusion in Schleswig-Holstein mitfinanziert werden.

Das von den Haushaltspolitikern des Bundes verabredete Monitoring, mit dem dokumentiert werden soll, ob die Länder die zur Verfügung gestellten Gelder wirklich in Bildung investieren, wird Schleswig-Holstein deshalb nicht fürchten müssen. Hier hat die Landesregierung im Gegenteil geradezu vorbildlich reagiert, indem sie schnell und einvernehmlich einen konzentrierten Einsatz der Mittel für ein klares Prioritätenprogramm der Schulen durchgesetzt hat.



Dr. Ernst Dieter Rossmann,
Quelle: spdfraktion.de (Susie Knoll / Florian Jänicke)

Aber auch die Hochschulen in Schleswig-Holstein werden vom Milliardenpaket des Hochschulpaktes III profitieren. Mit ihm werden angesichts der wachsenden Studierendenzahlen nicht nur die zusätzlichen Studienanfängerplätze vom Bund aus unterstützt, sondern auch die Grundleistungen der Hochschulen werden so abgesichert.

Auf lange Sicht wird es mit der angestrebten Änderung des Grundgesetzes möglich sein, dass der Bund den Ländern insgesamt und auch allen Hochschulen dabei unter

die Arme greift, die Grundhaushalte zur Finanzierung der Kernaufgaben der Hochschulen besser zu finanzieren.

Klare Perspektive für die Forschung

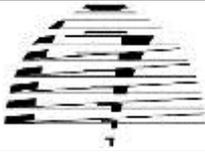
Ernst Dieter Rossmann, Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein im Bundestag und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Fraktion, freut sich über die milliardenschweren zusätzlichen Mittel für die Zukunftsbereiche Bildung und Forschung.

„Das Land kann ab 2015 damit schon deutlich in die Vorhand gehen. Auf Bundesebene werden wir die zusätzlichen drei Milliarden Euro für die Forschung, die vom Bund anzulegen sind, vor allen Dingen dazu nutzen können, in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 neue Akzente zu setzen“, so Ernst Dieter Rossmann.

Erfreulich findet der Abgeordnete, dass es mit diesen zusätzlichen Forschungsmitteln eine klare Perspektive für eine dauerhafte Finanzverbesserung auch bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein gibt. Denn nach den fest garantierten fünfprozentigen Steigerungsraten bis 2015 wird es so eine Fortsetzung mit einer dreiprozentigen Erhöhung geben können.

Dies ist auch für Schleswig-Holstein eine gute Nachricht, denn mit zwei Großforschungseinrichtungen der Helmholtz-Gesellschaft, mehreren Einrichtungen der Leibniz-Gesellschaft und auch Forschungsinstituten der Max-Planck-Gesellschaft für Grundlagenforschung und der Fraunhofer-Gesellschaft für anwendungsorientierte Forschung ist das Land gut aufgestellt.

Ernst Dieter Rossmann hält abschließend fest: „Bildung, Wissenschaft und Forschung sind als eine Einheit zu verstehen, für die sich alle Bundesregierungen, beginnend nach der schwarzen Zeit von Helmut Kohl mit der Aufbruchzeit von Gerhard Schröder nachdrücklich und kontinuierlich eingesetzt haben und die wir offensichtlich auch jetzt in der dritten Koalition weiter nach vorn bringen können.“



TTIP: Wie viel Freiheit braucht Handel?

Kommentar

Von Dr. Nina Scheer

In den vergangenen Monaten gab es verstärkt Kritik an dem derzeit zwischen den USA und der EU verhandelten Freihandelsabkommen, genannt TTIP, aber auch an weiteren, teilweise weiter fortgeschrittenen Abkommen – allen voran eines mit Kanada namens CETA. Auch wenn der Deutsche Bundestag nicht an den Verhandlungen beteiligt ist, werden die Verträge hier abschließend zur Ratifizierung vorgelegt – jedenfalls wenn es sich um ein sogenanntes „gemischtes Abkommen“ handelt. Letzteres ist der Fall, wenn das Abkommen Bestandteile enthält, die unter die Entscheidungshoheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union fallen, etwa wenn es um Rüstungsgüter geht. Da die Mitgliedstaaten gemeinhin ein großes Interesse daran haben, dass entsprechende Abkommen ratifiziert werden, ist davon auszugehen, dass die betreffenden Abkommen letztlich mit entsprechenden Inhalten ausgestaltet werden.

Der zwischen CDU/CSU und SPD im vergangenen Jahr geschlossene Koalitionsvertrag geht von einem erfolgreichen Abschluss des besagten Freihandelsabkommens aus. Darin heißt es: „Das geplante Freihandelsabkommen mit den USA ist eines der zentralen Projekte zur Vertiefung der transatlantischen Beziehungen.“ Und an anderer Stelle: „Wir wollen, dass die Verhandlungen erfolgreich zum Abschluss geführt werden, ohne im Vertrag parlamentarische Kontrolle und gerichtlichen Schutz in Frage zu stellen.“

Freihandelsabkommen sind bereits heute in vielfacher Ausgestaltung mit den unterschiedlichsten Staaten Realität. Dies verleitet dazu, die Kritik an weiteren Abkommen als Hysterie abzutun. Sachlich ist dies aber nicht zutreffend. Handelte es sich in der Vergangenheit um Handelsabkommen mit Staaten, in

denen nicht hinreichender Rechtsschutz gegeben war, trifft dies für die nun in Rede stehenden Abkommen und Vertragsparteien offenkundig nicht zu. War der Blickwinkel auf das Abkommen zunächst pauschal auf Wachstumssteigerung durch den Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen gerichtet, rückte in den letzten Monaten verstärkt die Aushöhlung von Umweltschutz- und Gesundheitsstandards, aber auch Arbeitsnormen in den Mittelpunkt der Betrachtung. Für uns Sozialdemokraten ist klar, dass es ein Frei-

demokratische Gestaltungsprozesse ablösen.

Diese Fragestellung wird besonders deutlich mit Blick auf den Investitionsschutz, wie er zurzeit noch vom Verhandlungsmandat umfasst wird. Der Investitionsschutz sieht vor, dass Unternehmen, die durch neue bzw. verschärfte Rahmenbedingungen – etwa im Umweltbereich – Investitionseinbußen fürchten, hiergegen vor eigens einzuberufenden sogenannten Schiedsgremien auf Schadensersatz klagen können.



Dr. Nina Scheer

handelsabkommen, dass gegen die international anerkannten Kernarbeitsnormen verstößt, nicht geben kann.

Wirtschaftsordnung auf Vertragsbasis?

Eine weitere, grundsätzlichere und langfristig existenzielle Fragestellung ist allerdings, ob mit Freihandelsabkommen möglicherweise neue Wirtschaftsordnungen „auf Vertragsbasis“ entstehen und

Zu befürchten ist, dass hiermit nicht nur der bestehende Rechtsschutz ausgehebelt wird, sondern darüber hinaus Unternehmen eine indirekte Einwirkungsmöglichkeit auf Rechtssetzungsebenen eingeräumt wird: Drohende Schadensersatzklagen von Unternehmen könnten die EU, die USA, die Mitgliedstaaten oder auch Bundesländer an entsprechenden Rechtssetzungen aus Sorge vor drohenden Schadensersatzklagen hindern.

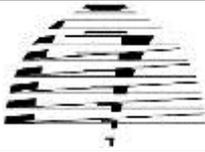
Ein weiterer grundsätzlicher Konflikt im Zusammenhang mit dem Freihandelsabkommen ist der Umstand, dass in der EU – anders als im US-amerikanischen Rechtssystem – das Vorsorgeprinzip gilt. Gesetzliche Rahmenbedingungen orientieren sich hiernach an Risikoabschätzung und nicht an Schadenskompensation, erfüllen somit in der Regel eine höhere und zeitlich weitreichendere vorbeugende Schutzfunktion.

Es darf nicht sein, dass unter der Überschrift von Liberalisierung parallele Rechtsstrukturen geschaffen werden, wonach Staaten aus Sorge vor Schadensersatzklagen bzw. im Interesse von unternehmerischen, gewinngeleiteten Interessen dazu verleitet werden, Gemeinwohlverpflichtungen hinten an zu stellen. In der Gesamtbeurteilung enthalten Freihandelsabkommen mit Investitionsschutz keinen gemeinwohlorientierten Mehrwert.

Die Sozialdemokraten, auf europäischer wie auch auf deutscher Ebene, haben sich bereits gegen den Investitionsschutz ausgesprochen. Das Freihandelsabkommen wird nur ohne Investitionsschutz als zustimmungs- bzw. ratifizierungsfähig angesehen. Nun sollte es darum gehen auszuloten, in welcher Form Freihandelsabkommen gemeinwohlorientiert ausgestaltet werden können.

Auf Grundlage der nötigen Transparenz liegt möglicherweise ein Schlüssel darin, statt eines umfassenden Verhandlungsmandates auf Positiv-Listen, nach denen solche Produkte definiert werden, hinzuwirken, die sinnvollerweise dem Freihandelsabkommen erfasst werden – und nicht umgekehrt.

Der Norden – stark in Berlin!



SPD-Erfolge im Haushaltsausschuss – mehr Geld für Verkehrswege, Lärmschutz und Bildung!

Von Bettina Hagedorn

Am 27. Juni beschloss der Bundestag den Haushalt 2014 – wir Sozialdemokraten haben uns in den zweimonatigen Haushaltsverhandlungen erfolgreich für ein dickes PLUS in vielen wichtigen Bereichen durchsetzen können. Das verbessert konkret die Lebenssituation vieler Menschen im Norden.

Den größten Paukenschlag für Schleswig-Holstein erreichte ich als zuständige Verkehrs-Haushälterin für die Sanierung des Nord-Ostsee-Kanals (NOK):

Auf meine Initiative sind jetzt zusätzlich satte 265 Mio. Euro im Finanzplan bis 2019 für den Ausbau der Oststrecke abgesichert – fünf Mio. Euro bereits für dieses Jahr.

Da die Planfeststellung seit März in trockenen Tüchern ist, kann es jetzt losgehen. Vor allem wird Bundesverkehrsminister Dobrindt jetzt für die Oststrecke und für den Neubau der fünften Schleusenkammer in Brunsbüttel, für den der Haushaltsausschuss im April 485 Mio. Euro bewilligt hat, eine 30-40 prozentige

EU-Förderung in Brüssel beantragen, so dass insgesamt EU-Mittel zwischen 220-300 Mio. Euro in Aussicht stehen.

Riesenerfolg für den NOK, die SPD und Schleswig-Holstein

Das ist ein Riesenerfolg für die SPD und für Schleswig-Holstein, denn unter Schwarz-Gelb wurde der NOK stets aufs Abstellgleis geschoben:

Außer einem ersten Spatenstich als Werbegag 2012 und warmen Worten der Kanzlerin bei der Maritimen Konferenz in Kiel im April 2013 war bislang quasi nichts passiert. Jetzt werden Nägel mit Köpfen gemacht!

Im Norden wissen wir: Dazu brauchen wir eine gut funktionierende Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) an der Küste mit engagierten, motivierten Mitarbeitern. Schwarz-Gelb hatte mit ihrer missglückten WSV-Reform vier Jahre lang gegen unseren erbitterten Widerstand Kahlschlag beim Personal betrieben – mit dem Koalitionsvertrag haben wir die Kehrtwende festgelegt.

35 neue Personalstellen bei der WSV

Versprochen – gehalten! Mit 35 neuen WSV-Stellen für technisches und Planungspersonal als ersten Schritt einer neuen Einstellungs-offensive haben wir den Stellenabbau gestoppt – dafür gab es bei den bundesweit 12.000 Beschäftigten der WSV für die SPD viel Beifall!

Der Haushaltsausschuss sendet so auch ein starkes Signal an die maritime Wirtschaft mit ihren tausenden Mitarbeitern, die auf einen funktionstüchtigen Kanal angewiesen sind.

Endlich Investitionen bei der Lärmsanierung

Eine satte Erhöhung konnte ich auch bei den, in den letzten Jahren unter Schwarz-Gelb mit 100 Mio. Euro stagnierenden, Investitionen für die freiwillige Lärmsanierung des Bundes an Schienenstrecken auf 130 Mio. Euro pro Jahr durchsetzen: 30 Mio. Euro „on top“.

Diese Erhöhung wird ergänzt durch zehn Prozent mehr Mittel für Lärmschutz an Bundesstraßen (jetzt insgesamt 55 Mio. Euro), für Radwege an Bundesstraßen gibt es 20 Mio. Euro zusätzlich.

Das Technische Hilfswerk bekommt mehr Geld

Im Haushalt konnten wir auch weitere SPD-Forderungen durchsetzen, die für Schleswig-Holstein wichtig sind: Unser Technisches Hilfswerk – das erst wieder letztes Jahr beim Elbehochwasser nicht nur in Lauenburg wirksame und kompetente Hilfe leistete – erhält mit seinen 80.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bundesweit ein Plus von

zehn Mio. Euro. Drei Mio. Euro für die Ortsvereine und deren Ausbildung und sieben Mio. Euro für neue Fahrzeuge und Gerät.

Auch Bundesfreiwilligendienst profitiert

Den beliebten Bundesfreiwilligendienst fördern wir mit elf Mio. Euro mehr als Schäuble es in seinem Regierungsentwurf vorgesehen hatte und verhindern damit einen drohenden Einstellungsstopp.

Auf Druck der SPD stockte der Haushaltsausschuss außerdem die Bundeszentrale für politische Bildung um elf Mio. Euro auf, wovon unter anderem auch „unsere“ Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente profitieren wird.

Finanzierung von Jugend trainiert für Olympia gesichert

Ebenfalls enorm wichtig: Anstatt – wie CDU-Innenminister de Maizière plante – die Bundesförderung für „Jugend trainiert für Olympia“ zu stoppen, haben wir Haushälter den gekürzten Ansatz wieder auf 700.000 Euro verdoppelt und für die Zukunft fest verankert.

Ebenso haben wir, entgegen seiner Kürzungspläne, bei den Integrationskursen für Migranten die Mittel um 40 Mio. Euro aufgestockt und für die Aufnahme syrischer Flüchtlinge zehn Mio. Euro mehr bereitgestellt.

Erfolg für die deutsche Minderheit in Dänemark

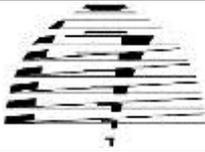
Auf Initiative der SPD stellt der Haushaltsausschuss für die deutsche Minderheit in Dänemark 350.000 Euro mehr zur Verfügung – ein klares sozialdemokratisches Signal für die Minderheitenförderung!

Klare Akzente in der Großen Koalition

Diese eindrucksvolle Bilanz zeigt: Wir halten, was wir im Koalitionsvertrag versprochen haben und setzen in der Großen Koalition die klaren Akzente!



Bettina Hagedorn mit dem haushaltspolitischen Sprecher, Johannes Kahrs (mitte), und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden für Finanzen, Carsten Schneider



Für Schleswig-Holstein und die SPD im Europäischen Parlament

Gastbeitrag



Ulrike Rodust, Mitglied des Europäischen Parlaments, Quelle: S. Perrine

Von Ulrike Rodust, Mitglied des Europäischen Parlaments

Anfang Juli ist das neugewählte Europäische Parlament in Straßburg zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengekommen. In vielerlei Hinsicht hat diese erste Plenarwoche seit den Europawahlen einen ersten Vorgesmack gegeben auf das, was uns in dieser Legislaturperiode erwarten wird. Und das ist nicht alles so erfreulich, wie das Abschneiden der SPD am 25. Mai.

Dass die SPD gegenüber der Europawahl von 2009 so deutlich zulegen konnte, ist natürlich ein toller Erfolg, den ich hier nicht unerwähnt lassen will – schon wegen der Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer vor Ort, die auch mich als schleswig-holsteinische Kandidatin so engagiert unterstützt haben.

7 Prozent Zuwachs in Schleswig-Holstein

Unsere Partei hat in Deutschland über sechs Prozentpunkte hinzugewonnen, in Schleswig-Holstein konnte sie ihr Ergebnis sogar um mehr als sieben Punkte verbessern.

Neben der Freude, dass die deutsche Gruppe der SPD-Europaabgeordneten nun statt mit 23 Abgeordneten mit 27 Parla-

menten sozialdemokratische Politik im Europäischen Parlament gestalten kann, bietet das Ergebnis der Europawahl aber leider auch genug Grund zur Sorge. So wurden erneut rechtspopulistische und antieuropäische Parteien gestärkt.

Die Ergebnisse in Frankreich, Großbritannien und Dänemark sind schockierend und auch aus Deutschland konnten leider europafeindliche Parteien ins Europäische Parlament einziehen.

Kein Pardon den Rechtspopulisten

Die Erfahrung zeigt, dass von rechtspopulistischen Parteien keine Sacharbeit in den Ausschüssen zu erwarten ist und sich diese Kollegen darauf konzentrieren, sich untereinander zu zerstreiten und das Plenum zur Selbstinszenierung zu missbrauchen. Und tatsächlich haben sie auch bereits während der konstituierenden Sitzung des Europaparlaments diese Annahme bestätigt, als sie beim Erklängen der Europahymne dem Streichorchester demonstrativ den Rücken zuwandten.

Aber auch wenn mehr rechtsextreme Abgeordnete und Mitglieder europafeindlicher Parteien im neuen Parlament vertreten sind als jemals zuvor, verfügen doch die demokratischen Parteien im-

mer noch über klare Mehrheiten in Europa.

Zusammen – und auch das hat die erste Sitzungswoche des Europäischen Parlaments gezeigt – werden wir den Extremisten im Europäischen Parlament die Stirn bieten und unsere gemeinsamen europäischen Grundwerte verteidigen, um europäische Politik im Sinne der Menschen in Europa gestalten zu können.

Jugendarbeitslosigkeit im Zentrum

An erster Stelle müssen wir unseren Teil dazu beitragen, die – gerade im Süden unseres Kontinents noch gewaltige – Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren. Das hat auch Martin Schulz in seiner Rede nach seiner erneuten Wahl zum Präsidenten des Europäischen Parlaments deutlich gemacht.

Zuvor hatte bereits das Plenum im ersten Wahlgang den deutschen Sozialdemokraten mit absoluter Mehrheit für eine zweite Amtszeit von zweieinhalb Jahren in dieses Amt gewählt und mit der Wahl eines sehr politischen Präsidenten ein eindeutiges Signal gesetzt.

Martin Schulz hat dem Europäischen Parlament in der letzten Legislaturperiode eine starke Stimme gegeben und es als gleichwertiges und gleichberechtigtes Organ

neben dem Rat und der Kommission vertreten – auch zukünftig wird er ohne Frage vehement für eine Neuausrichtung der Politik in Europa und für mehr Wachstum und Beschäftigung kämpfen.

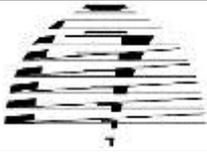
Im kommenden halben Jahr wird das Europäische Parlament bei dieser Arbeit die italienische Ratspräsidentschaft auf seiner Seite haben. Das machte der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi bei der Vorstellung der Prioritäten seiner im Juli beginnenden Präsidentschaft vor dem Europäischen Parlament in einer leidenschaftlichen Rede deutlich.

Mit der Wahl der Abgeordneten in die Ausschüsse kann jetzt auch die Arbeit an den Sachthemen wieder aufgenommen werden.

Mein Gebiet: die Meerespolitik

Ich werde mich in der jetzt beginnenden Legislaturperiode als stellvertretendes Mitglied des Transportausschusses der Integrierten Meerespolitik widmen und damit einen auch für Schleswig-Holstein wichtigen Arbeitsbereich hinzubekommen.

Außerdem bin ich als Mitglied im Fischereiausschuss erneut zur Koordinatorin der europäischen Sozialdemokraten in diesem Ausschuss gewählt worden.



Rückschau auf Landesgruppen-Termine in Berlin

Eine Auswahl an spannenden und interessanten Begegnungen der letzten drei Monate



Gedankenaustausch der Mitglieder der Landesgruppen Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern mit Vertreterinnen und Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB Nord) in Berlin am 8. Mai 2014

Frühstück der Landesgruppe mit Mitgliedern des Arbeitskreises Arbeit, Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Europa der SPD-Landtagsfraktion am 3. Juli 2014



Landesgruppenfrühstück am 22. Mai 2014 mit Ralf Stegner



Gespräch mit Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein, am 5. Juni 2014



Meinungsaustausch der Landesgruppe mit Ministerpräsident Torsten Albig am 23. Mai 2014

Andreas Breitner, Minister für Inneres des Landes Schleswig-Holstein, zu Gast beim Frühstück der Landesgruppe Schleswig-Holstein am 10. April 2014



Impressum

Herausgeber:

Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB (Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktion & Layout:

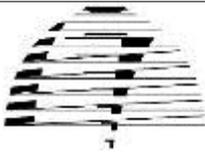
Sandra Lechelt M.A.
Referentin der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, Paul-Löbe-Haus, Raum 7.144
11011 Berlin
Tel.: 030/227-75318
Fax: 030/227-76817
E-Mail: sh-lg.spd@bundestag.de
Im Internet unter: landesgruppe.edr-pi.de

Korrektur:

Soeren van Heck M.A. (Büro Matthias Ilgen MdB)

Quellenangaben der Abbildungen:

Anna Alexandrakis (S. 10 [beide Helgoland-Bilder])
Dr. Hans-Peter Bartels (S. 14 oben links, S. 14 unten rechts, S. 15 zweites von oben links)
Bundesregierung / Steffen Kugler (S. 16)
Deutscher Bundestag / Achim Melde (S. 9)
Bettina Hagedorn (S. 14 links unten, S. 15 rechts oben, S. 15 zweites von unten links)
Patricia Herterich (S. 11 oben)
Gabriele Hiller-Ohm (S. 1, 2, 11 mitte)
Thomas Imo / photothek.net (S. 8)
Sandra Lechelt (S. 7 [alle außer DGB Nord], S. 12)
Moritz Luth (S. 7 [DGB Nord])
Dr. Birgit Malecha-Nissen (S. 12, 14 mitte rechts)
S. Perrine (S. 6)
Dr. Ernst Dieter Rossmann (S. 14 oben rechts, S. 15 mitte rechts)
spdfraktion.de (Susie Knoll / Florian Jänicke) (S. 3, 9, 13)
Dr. Nina Scheer (S. 4)
Studio kohlmeier (S. 5, 11 unten)
Franz Thönnies (S. 10 [Segelbild], S. 15 oben links, S. 15 unten rechts)
Lars Winter (S. 15 unten links)



Eine neue Gründerzeit in Deutschland einläuten!

Von Matthias Ilgen

Neben meiner Arbeit in den Ausschüssen Wirtschaft und Energie, sowie Landwirtschaft und Ernährung bin ich Mitglied einer kleinen Gruppe von Abgeordneten, die Ideen ausarbeitet, um Gründungen von Unternehmen in Deutschland zu erleichtern.

Zum Hintergrund: Viele (meist junge) Menschen, die eine gute Geschäftsidee haben, sich selbständig machen und damit eine Firma gründen, sehen sich mit einem Haufen bürokratischer Hürden konfrontiert.

Sie brauchen in vielen Fällen zunächst ausreichend Gründungskapital (oft in Form von Beteiligungsbzw. Wagniskapital) – wofür in Deutschland die Rahmenbedingungen verglichen zum Beispiel mit Großbritannien oder den USA deutlich schlechter sind. Wenn dieser Schritt getan ist, folgt die Anmeldung beim Gewerbeamt und mit ihr eine ganze Bürokratieflut.

Aller Anfang ist schwer

Insbesondere die fragenden und fordernden Briefe des Finanzamtes und der Handelskammer können den unbescholtenen Jungunternehmer, der seiner Unternehmung nachgehen will und vielleicht diesen Anforderungen nicht gewachsen ist, richtig ins Schwitzen bringen.

Er benötigt einen Steuerberater, den er sich noch kaum leisten kann, weil das Unternehmen oft nur nebenberuflich betrieben wird und gerade am Anfang vielleicht sogar Verluste macht, statt Überschüsse zu erwirtschaften. Umsatzsteuer- und Gewerbesteuvoranmeldungen müssen monatlich abgeliefert werden und ohne professionelle Beratung ist das junge Unternehmen schnell aufgeschmissen.

Zu frühes Aufgeben durch große Hindernisse in der Anfangsphase

Viele stecken bereits nach kurzer Zeit den Kopf in den Sand und geben auf. Zu früh, denn die allermeisten von ihnen könnten es schaffen, weil sie eine Geschäftsidee haben, die trägt. Das ist sehr bedauerlich, denn die meisten kleinen Selbständigkeiten verwandeln sich nach drei Jahren in Firmen, die im Durchschnitt zwei An-



Matthias Ilgen, Quelle: Thomas Imo / photothek.net

gestellte beschäftigen können. In diesem Bereich werden Existenzen geschaffen und die Wirtschaft bekommt neue Kaufkraft.

Entwicklung neuer Konzepte zur Vereinfachung der Bürokratie

Deshalb entwickeln wir in unserer Gruppe mit vielen Fachleuten Konzepte, wie wir den Steuervollzug im frühen Stadium einer Unternehmung vereinfachen und die Gründer von unnötiger Bürokratie entlasten können.

Wagnis-Kapital-Gesetz für deutlichere und einfachere Rahmenbedingungen

Außerdem wollen wir ein Wagnis-Kapital-Gesetz anstoßen, das potentiellen Geldgebern bessere Anreize gibt, um das nötige Risikokapital in junge Unternehmen zu investieren. Dabei müssen wir natürlich mögliche Spekulationen eindämmen und klare Regeln entwickeln, die den nötigen Rahmen setzen.

Allerdings brauchen gerade Gründungen in der IT-Branche, sogenannte Start-ups, bessere Rahmenbedingungen für ihre Finanzierung, damit sie nicht in einem frühen Stadium beispielsweise ins Silicon Valley in den USA abwandern.

Gerade auch bei den aktuellen Niedrigzinsen bietet sich möglicherweise auch für die Banken die Chance, ein neues Geschäftsfeld zu erschließen. Denn Untersuchungen belegen, dass zwar nur etwa ein Drittel dieser Start-ups erfolgreich sind, Investoren aber bei einem breiten Investment in mehrere Firmen in der Lage sind, Verluste durch die Gewinne der erfolgreichen Gründungen mehr als nur auszugleichen.

Wir brauchen ein Umdenken!

Darüber hinaus brauchen wir in Deutschland endlich ein Umdenken, was den Umgang mit jungen Unternehmern betrifft: Als jemand, der sich selbst vor einigen Jahren selbstständig gemacht hat, habe ich viele Herausforderungen, die mit diesem Schritt verbunden sind, selbst erlebt. Lange Arbeitszeiten, wenig Verständnis und Unterstützung sowie das hohe Risiko – viele in meinem Bekanntenkreis fragten, ob so etwas denn überhaupt erfolgreich laufen könne.

Ich wurde kritisch beäugt. Keiner hatte Vertrauen in mein Vorhaben und in mich. Als sich dann der Erfolg einstellte, wollte keiner die viele Arbeit sehen, die sich hinter der Selbstständigkeit verbirgt - ich habe oft mehr gearbeitet, als ein

Durchschnittsarbeitnehmer mit 38 bis 42 Stunden pro Woche.

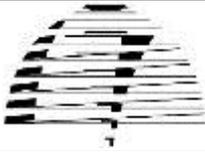
Anerkennung für geleistete Arbeit begegnete mir kaum – vielmehr gab es Missgunst und Erfolgsneid, weil ich überdurchschnittlich verdiente. Dass all dem dieses hohe Risiko, gepaart mit Leistungsbereitschaft, gegenüber stand, wollten viele nicht sehen.

Positive Anerkennung einer zweiten oder dritten Chance für mehr Unternehmertegeist

Ich kenne auch Menschen, die mit einer Gründung Schiffbruch erlitten oder nach einigen erfolgreichen Jahren dann in schlechteren Zeiten Pleite gemacht haben. Diese Menschen werden dann oft stigmatisiert und verlieren ihr gesellschaftliches Ansehen.

Uns fehlt es in Deutschland an einer positiven Anerkennung des Scheiterns und einer Kultur der zweiten oder gar dritten Chance – wie sie in den angelsächsischen Ländern ganz selbstverständlich ist.

Mich spornt das umso mehr an, weiterhin für eine neue Gründerkultur zu arbeiten und die Bedingungen für junge Unternehmerinnen und Unternehmer zu verbessern.



Sicherheitspolitik verständlich vermitteln – für eine bessere europäische Zusammenarbeit werben

*Interview mit Hans-Peter Bartels, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages.**

Du bist seit gut sechs Monaten Vorsitzender des Verteidigungsausschusses. Welches sind die Schwerpunkte Deiner Arbeit, welches sind die besonderen Herausforderungen des Ausschusses?

Dauerschwerpunkt sind die Dauereinsätze der Bundeswehr, vom Balkan über Afghanistan und Mali bis zum Horn von Afrika. Die Zahl der Einsätze wird tatsächlich eher größer, aber die Anzahl der eingesetzten deutschen Soldatinnen und Soldaten geht spürbar zurück. Es waren einmal 11.000, jetzt liegen wir bei 4.500, gegen Jahresende werden es um die 3.000 sein, wenn ISAF in die Nato-Folge-Mission „Resolute Support“ übergeht.

Der Verteidigungsausschuss ist gewissermaßen der Hüter des Prinzips der „Parlamentsarmee“. Daneben beraten wir das Attraktivitätsprogramm für unsere Streitkräfte, die ja künftig ausschließlich auf Freiwillige angewiesen sind. Und in der Koalition diskutieren wir gezielt einzelne Punkte der Nachsteuerung von der Maizières Bundeswehrreform.

Das Klima in der Koalition ist gut, die Arbeit im Ausschuss erfreulich kollegial. Persönlich habe ich mir vorgenommen zu helfen, Sicherheitspolitik verständlich zu vermitteln und für bessere europäische

Zusammenarbeit zu werben.

Wie bewertest Du die Krise um die Ukraine, welches sind die Konsequenzen für die Außen- und Sicherheitspolitik?

Deutschland tut alles dafür, dass die Ukraine frei selbst über ihre Zukunft und ihre Bindungen an andere entscheiden kann. Russlands Konfrontationspolitik mit Gewaltandrohung und Gebietsannexion ist nicht hinnehmbar. Wir wollen, dass dieses wichtige Land sich nicht selbst isoliert, sondern zurückkehrt zu Kooperation und Partnerschaft. Ob das gelingt, werden die nächsten Wochen und Monate zeigen. Wenn nicht, wird das für uns alle in Europa und in der Nato ein Problem – dann auch eines mit sicherheitspolitischer Dimension.

Die EU tut sich schwer bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gemeinsam voranzugehen. Mit der 2009 im Vertrag von Lissabon beschlossenen Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik steht auch die Entwicklung von europäischen Streitkräften im Raum. Wir beurteilst du die Chance, gemeinsame europäische Streitkräfte aufzubauen?

Der Druck der Realität ist groß: Alle bestreiten die gleichen Einsätze, haben die gleichen zum Teil noch reformbedürftigen Strukturen, erleben die gleichen Haushaltsnöte. Dabei geben wir in den 28 EU-Staaten zusammengerechnet 190 Milliarden Euro für Verteidigung

aus. Mehr als 1,5 Millionen Soldaten stehen zur Verfügung. Aber das Ganze ist heute in Europa weniger als die Summe seiner Teile.

Deshalb wird das Ziel einer europäischen Armee jetzt wirklich immer attraktiver. Erst stand dieses Ziel im SPD-Grundsatzprogramm, jetzt im Koalitionsvertrag der Großen Koalition und dann sogar im Wahlprogramm der CDU zur Europawahl! Das heißt: Deutschland wird diesen Weg gehen. Dafür müssen wir jetzt in Europa werben.

Seit einigen Monaten gibt es eine Diskussion um die Frage nach der zukünftigen Rolle Deutschlands in der Welt. Die Bundesregierung und auch unser Bundespräsident sprechen sich für mehr deutsches Engagement aus, notfalls auch mithilfe militärischer Mittel. Der Antrag der Nord-SPD zum Landesparteitag scheint da etwas zurückhaltender.

Unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat bereits mit seinem Amtsantritt wichtige Fragen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik aufgeworfen: Was bedeuten die aktuellen und künftigen, oftmals nicht vorhersehbaren, Krisen und Veränderungen in Europa und der Welt? Sind wir in Deutschland und Europa richtig aufgestellt für die neue Unübersichtlichkeit? Tun wir das Richtige und tun wir es mit den richtigen Instrumenten? Diese Fragen sollen in den nächsten Monaten im Rahmen des Projektes des Auswärtigen Amtes „Review 2014 - Außenpolitik weiterdenken“ bundesweit auf öffentlichen Veranstaltungen diskutiert werden.

Es ist gut, dass die schleswig-holsteinische SPD hier einen Beitrag in die Debatte einbringt, und dass dieses nicht einfache Themenfeld auch innerhalb der SPD auf einiges Interesse stößt. Das war in den letzten Jahren nicht immer der Fall.

** Einige Fragen sind Auszug aus einem Interview für den Newsletter des Arbeitskreises Sicherheit und Bundeswehr der SPD NRW (Juni 2014).*

Termine:

7. August 2014, 19 Uhr,
Stadhalle Tönning, Badallee
14, 25832 Tönning:

„Fraktion vor Ort“: Die Zukunft unserer medizinischen Versorgung an der Westküste

Der schleswig-holsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Ilgen lädt gemeinsam mit seinem Bundestagskollegen Dr. Edgar Franke zur Diskussion über die medizinische Versorgung an der Westküste ein. Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

Um Anmeldung wird bis zum **4.8.2014** gebeten, entweder beim SPD-Wahlkreisbüro Nordfriesland, Schlossgang 1, 25813 Husum, per Telefon (04841) 9398349 oder per E-Mail an matthias.ilgen.ma04@bundestag.de.



Dr. Edgar Franke

15. September 2014, 18 Uhr,
Kiek In!, Gartenstraße 32, 24534
Neumünster:

„Fraktion vor Ort“: Willkommenskultur mit Leben füllen

Dr. Birgit Malecha-Nissen freut sich, bei ihrer ersten gemeinsamen „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung mit Sönke Rix die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Aydan Özoğuz, begrüßen zu können. Zusammen mit dem Koordinator für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund der Stadt Neumünster, Udo Gerigk, soll diskutiert werden, wie Integration vor Ort gelingen kann, welche unterstützenden Maßnahmen es braucht und wie die Politik dazu beitragen kann.

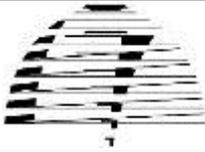
Alle Interessierten sind herzlich willkommen! Um Anmeldung wird bis zum **10.9.2014** unter birgit.malecha-nissen@bundestag.de oder per Telefon (030) 227-75165 gebeten.



Aydan Özoğuz



Am 24. Juni 2014 traf Hans-Peter Bartels, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, Jens Stoltenberg, den designierten Generalsekretär der NATO, zu einem Gespräch in seinem Büro.



Tipps (nicht nur) für die Sommerferien in Schleswig-Holstein



Wenn die Sommerferien starten, nutzen auch die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein die sitzungsfreie Zeit im Deutschen Bundestag zum Ausspannen und Erholen. Einige verraten hier ihre liebsten Ausflugsziele, Rezepte und Lesetipps für einen entspannten Urlaub. Lassen Sie sich überraschen und inspirieren!

**Seele baumeln lassen auf:
Helgoland**

Kurztrip nach Helgoland

Von Dr. Ernst Dieter Rossmann

Einschiffen in Büsum, ausborden vor Helgoland, einziehen in ein freundliches Zimmer auf dem Helgoländer Unterland oder im Oberland und dann drei Tage die Seele baumeln lassen. Mitten in der Nordsee, mit bester Luft, frischem Wind und viel Sonne. Vogelfreunde können Basstölpel vor ihrer Nasenspitze herumfliegen sehen und mit See-hunden in der Nordsee schwimmen. Und wer sich für Geologie, Geschichte, Kunst, Kultur und Meereskunde interessiert, ist auf Helgoland sowieso in seinem Element. Und nicht zuletzt hat eine Hochseeinsel, wenn dann hunderte von Tagestouristen die Insel wieder verlassen haben, am Abend und am Morgen eine ganz besondere Stimmung von Gelassenheit und Ruhe.

Im Übrigen: Wem die Helgoländer Hauptinsel zu lebhaft sein sollte, dem kann nur ein Abstecher auf die Bade-Düne empfohlen werden, die mit hervorragenden Stränden, einmaliger Flora und Fauna und dem größten Landraubtier Deutschlands, der Kegelrobbe, ganz besondere Reize zu bieten hat. Für mich ist Helgoland jedenfalls Erholung pur. Glücklich der Abgeordnete, der ein solches Kleinod in seinem Wahlkreis hat. Für mich zählt der Drei-Tage-Abstecher auf diese einmalige Hochseeinsel im Kreis Pinneberg deshalb schon seit langem zu den schönen Jahrestraditionen, mit denen ich in die Sommerpause starte.



Museumshafen Flensburg und Lektüretipp

Von Franz Thönnies

Museumshafen in Flensburg sowie Fahrt auf der Förde zwischen Dänemark und Deutschland und abends zu Karl May nach Bad Segeberg. Wind um die Nase wehen und Seele baumeln lassen sowie in Jugenderinnerungen schwelgen. Frei nach Kurt Tucholsky "Trudele durch die Welt, denn sie ist schön!"

Mein Lesetipp: "Die Analphabetin, die rechnen konnte" von Jonas Jonasson



Tipps aus meiner Urlaubsregion:

Von Sönke Rix

Für Ausflüge zu zweit und für Kunstfans ist hier ein Insider-Tipp: <http://www.gruenlund.de>

Für einen Familienausflug und Naschkatzen ist dies hier zu empfehlen: <http://www.bonbonkocherei.de>

Für schlechtes Wetter und Entdecker empfiehlt sich dies: <http://www.ostsee-resort-damp.de/de/freizeit/entdeckerbad/>

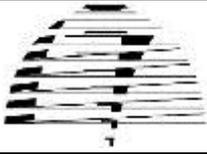
Für Fahrradfahrer ist diese Empfehlung: <http://m.sh-tourismus.de/de/radfernweg-nok-route>

Für Feinschmecker und Fans des gediegenen Ambiente dieser Tipp: <http://www.landhaus-wolfskrug-wittensee.de>

Für Leute, die hoch hinaus wollen und gerne klettern empfiehlt sich dies hier: <http://www.hochseilgarten-eckernfoerde.de>

Für Fans der Piraten (nicht der Partei) ist dieser Vorschlag: <http://www.piratenspektakel-eckernfoerde.de/content/joom/>

Für Leute die romantisch nicht an das Meer, sondern an einen See wollen, kann man dies hier empfehlen: <http://www.toepferhaus.com>



Tipps (nicht nur) für die Sommerferien in Schleswig-Holstein

**Im Urlaub Kraft tanken mit Grünen Smoothies: lecker und gesund!
Rezept für Banane-Orange-Salat-Smoothie**

Von Dr. Birgit Malecha-Nissen

Zutaten:

1 reife Banane,
1 Orange (bei gutem Mixer mit Kernen),
1/2 Mango (kann auch durch einen süßen Apfel oder eine Birne ersetzt werden),
1 mittlere Zitrone (mit Kernen bei entsprechendem Mixer),
ca. 7 Blatt Salat (zum Beispiel Kopfsalat, Batavia, Spinat),
etwas Möhrengrün,
3 rote Beete-Blätter,
Wildkräuter: 3 Blatt Löwenzahn, Brennnessel o.ä.,
ca. zwei Drittel
Wasser (kann teilweise durch Orangen- oder Apfelsaft

ersetzt werden)

Die Menge ist bemessen für 2 Liter im Hochleistungsmixer, für einen normalen Mixer entsprechend weniger verwenden.

Zubereitung:

Zu Beginn die Zutaten mit „Grün-Anteil“ im Mixer zerkleinern, danach die restlichen Zutaten hinzufügen. Anschließend in hohe Gläser füllen und möglichst frisch genießen!



Ostholstein: DIE Urlaubsregion im echten Norden!

Von Bettina Hagedorn

„Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah...“ – getreu diesem Motto verbringe ich meinen diesjährigen Sommerurlaub in Schleswig-Holstein. Ich freue mich auf Radtouren im schönen Ostholstein – zum Beispiel zum 168m hohen Bungsberg, der nach einem langen touristischen Dornröschenschlaf 2014 durch öffentliches millionenschweres Engagement endlich wieder baulich, und konzeptionell und gastronomisch ein Highlight

wurde. Meine zwei- und sechsjährigen Enkelkinder lieben die dort sehr gelungene Mischung aus naturnahen Kletter- und Spielattraktionen mitten im Wald – die Erwachsenen genießen die Natur, die großartige Blicke in die Holsteinische Schweiz und eine gute Küche am höchsten Punkt Schleswig-Holsteins.

Am schönsten jedoch sind die Ausflüge an die Küste – neben Sandburgen am Strand, Muscheln sammeln, Eis essen und baden rangiert ganz vorne eine „echte Seefahrt“ mit den Fährschiffen von Scandlines, die im halbstündigen Rhythmus zwischen Puttgarden/Fehmarn und Rödby/Dänemark verkehren – an Bord stellt sich das echte Urlaubs-Feeling von ganz allein ein!



Bei gutem Wetter mit dem Vierbeiner auf die Piste oder bei schlechtem aufs Sofa...

Von Gabriele Hiller-Ohm

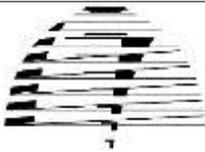
Hundefreilauffläche Lübeck-Israelsdorf:

Für einen entspannten Spaziergang mit seinem Vierbeiner ohne Leinenzwang ist das Hundeauslaufgebiet im Israelsdorfer Forst in Lübeck zwischen Waldstraße und Medebekstraße bzw. Am Schellbruch (Nähe Travemünder Allee) bestens geeignet. Auch mein Hund Vito freut sich jedes Mal auf den Besuch.

Empfehlung als Buch und als Film: „Life of Pi - Schiffbruch mit Tiger“ von Yann Martel:

Aus dieser wunderbaren Geschichte ist ein beeindruckender Film gemacht worden, der im 3D-Kino besonders toll ist. Buch und Film kann ich wärmstens empfehlen und wünsche allen einen schönen Sommer!





Willkommenskultur mit Leben füllen

Von Dr. Birgit Malecha-Nissen

Mitglied der Querschnitts- arbeitsgruppe Migration und Integration

Die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion im Verkehrsausschuss haben mich einstimmig als Mitglied der Querschnitts-arbeitsgruppe Migration und Integration der SPD-Bundestagsfraktion gewählt.

Da Integration und Migration in alle Bereiche des täglichen Lebens hineinwirken, sind in dieser AG Abgeordnete aus allen Fachbereichen vertreten. Die AG wirkt als Schnittstelle zwischen Migrantenorganisationen und der Fraktion.

Unser Ziel ist der Informationsaustausch untereinander und die Vorbereitung von Gesetzentwürfen und anderen Initiativen im Bereich des Ausländer-, Flüchtlings-, und Staatsangehörigkeitsrechts.

Moderne Integrationspolitik – Das haben wir erreicht

Die Vielfalt der Nationen bedeutet Stärke für unser Land. Integration heißt Teilhabe für Jede und Jeden an unserer Gesellschaft. Eine moderne Integrationspolitik muss deshalb Chancengerechtigkeit für alle gewährleisten.

Unser Ziel muss eine zusammenwachsende Gesellschaft unabhängig von Herkunft und Religion sein. Das ist Aufgabe jedes Einzelnen von uns und ganz besonders unser Auftrag als SPD-Bundestagsfraktion. Hierfür werde ich mich als neues Mitglied in der Querschnittsarbeitsgruppe Integration unserer Fraktion einsetzen.

Aufhebung der Options- pflicht und Einführung des Doppelpasses wurden er- reicht

Die Einführung des Doppelpasses und die gleichzeitige Aufhebung der Optionspflicht sind wichtige Schritte. Viele junge Menschen in unserem Land haben darauf gewartet!

In Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländi-

scher Eltern müssen sich in Zukunft nicht mehr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern entscheiden.

Des Weiteren dürfen Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Geduldete künftig bereits nach drei Monaten eine Arbeit aufnehmen. Sie können damit selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben.



Dr. Birgit Malecha-Nissen

Gute Nachrichten für unsere Wasserstraßen – gut für den Klimaschutz

Von Dr. Birgit Malecha-Nissen

Der Haushalt 2014 steht: Der langjährige Einsatz der SPD zahlt sich aus. Mehr als 750 Millionen Euro werden für den Ausbau und die Sanierung des Nord-Ostsee-Kanals bereitgestellt.

Außerdem erhält die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) 35 zusätzliche Stellen für technisches und planerisches Personal.

Nur mit einer handlungsfähigen WSV ist die zügige Umsetzung der Wasserstraßenprojekte gewährleistet. Der reibungslose Verkehr auf unseren Bundeswasserstraßen hat für den Industriestandort Deutschland eine herausragende Bedeutung.

Investitionen in Wasserstraßen sind auch Investitionen in den Klimaschutz

Neben den wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist das auch für den Klimaschutz wichtig. Ein LKW müsste beispielsweise 30 bis 40 Container laden, um die Energiebilanz eines modernen Schiffs zu erreichen. Daher ist jeder in die Wasserstraßen und die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung investierte Euro auch ein Beitrag zum Klimaschutz.



Turm des Bundestages

Modernes Deutschland – schnelles Internet für alle

Von Dr. Birgit Malecha-Nissen

Schnelles Internet für alle sichert Teilhabemöglichkeiten und wirtschaftliche Chancen. Im Koalitionsvertrag streben SPD und Union deshalb eine flächendeckende Breitbandversorgung mit Geschwindigkeiten von mindestens 50 Mbit/s bis 2018 an. Das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel: Ende 2013 lag die diesbezügliche Versorgungsquote erst bei knapp 60 Prozent.

Insbesondere im ländlichen Raum herrscht großer Nachholbedarf – auch in Schleswig-Holstein: Im Nord-Westen und im Kreis Plön verfügen laut Breitbandatlas weniger als 50 Prozent der Haushalte über einen Breitbandzugang.

Hauptproblem beim Breitbandausbau in den ländlichen Gebieten ist die dort existierende Wirtschaftlichkeitslücke, da geringere Nutzerzahlen mit höheren Kosten pro Anschluss zusammentreffen.

Koalitionsantrag – Breit- bandstrategie weiterent- wickeln

Um die digitale Spaltung zwischen Ballungszentren und ländlichen Räumen zu überwinden, hat die Regierungskoalition am 3. Juli im Bundestag einen Antrag mit deutlicher sozialdemokratischer Handschrift eingebracht.

Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die bisherige Breitbandstrategie des Bundes umfassend weiterzuentwickeln. Angestrebt wird eine optimale Kombination aus guten Festnetz- und Mobilfunkverbindungen mit flächendeckend hohen Geschwindigkeiten.

Umfangreicher Maßnahmen- katalog für die Umsetzung

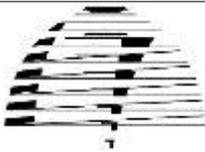
Hierzu werden zahlreiche konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Sie zielen vor allem darauf ab, zusätzliche Investitionsanreize zu setzen

und Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen. Die Finanzierung der, insbesondere für den ländlichen Raum, geforderten Fördermittel soll unter anderem durch Einnahmen aus zukünftigen Frequenzvergaben erfolgen.

Sonderprogramm der KfW zur Förderung des Netzaus- baus

Zudem sollen bestehende Förderprogramme durch das Sonderfinanzierungsprogramm „Premiumförderung Netzausbau“ der KfW-Bankengruppe ergänzt und die Einrichtung eines Breitband-Bürgerfonds geprüft werden. Außerdem wird die Bundesregierung aufgefordert, mit den Ländern einen nationalen Konsens zum Breitbandausbau anzustreben.

Die Bundesregierung und Minister Dobrindt müssen zügig handeln, damit die ländlichen Gebiete nicht abgehängt werden!



Demokratie leben! Gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit

Von Sönke Rix

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig hat in der letzten Woche vor der Sommerpause das neue Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ vorgelegt. Es ersetzt die bisherigen Programme „Demokratie fördern – Kompetenz stärken“ und „Initiative Demokratie stärken“.

Dieses neue Programm ist ein deutlicher Schritt nach vorn. Abgesehen von einer leichten Aufstockung der Mittel findet auch innerhalb des Programms eine deutliche Verschiebung der Mittel dahin statt, wo auch die Arbeit gemacht wird. Das Geld folgt endlich der Arbeit und bleibt nicht auf dem Weg zu den engagierten Bürgerinnen und Bürgern stecken. Manuela Schwesig folgt damit weiter den Anregungen, die wir mit dem einstimmigen Votum des NSU-Abschlussberichtes der Regierung mit auf den Weg gegeben haben.

Entwicklung von Partnerschaften für Demokratie

Wir bauen die erfolgreichen lokalen Aktionspläne, mobile Beratung und Opferberatung aus und entwickeln die bisherigen Beratungsnetzwerke zu „Partnerschaften für Demokratie“ weiter. Für bundesweite Bildungs- und Präventionsprojekte steht eine neue Fördersäule zur Verfügung, um sie nicht sachfremd als Modellprojekt zu behandeln. Mit dieser neuen Schwerpunktsetzung führt an einer Erhöhung der Mittel auf 50 Millionen Euro schon kurzfristig kein Weg mehr vorbei.

Außerdem wird die Dauer der Förderung für alle Projekte von drei auf fünf Jahre verlängert, um eine größere Planungssicherheit zu schaffen. Alle Beteiligten können sich jetzt deutlich länger auf das konzentrieren, was uns allen am Herzen liegen sollte: Einsatz für Demokratie und Menschenrechte, gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit.

Frauen in Führungspositionen: Unser Ziel bleibt die Gleichstellung!

Von Sönke Rix

Wir haben im Bundestag in der letzten Woche vor der Sitzungsfreien Zeit den Entwurf für ein Führungskräftegesetz der Grünen-Fraktion debattiert. Mit diesem Entwurf erhalten die Pläne von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig, eine gesetzliche Mindestquote für Aufsichtsräte einzuführen, erneut Rückendeckung.

Seit nun mehr 13 Jahren haben wir die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen zur Gleichstellung in Führungspositionen. Dass diese folgenlos bleibt, zeigen die Zahlen.

dafür, dass sich die hochqualifizierten Frauen gleichberechtigt in den Führungsebenen wiederfinden.

30-Prozent-Quote für Aufsichtsräte soll kommen

Die Eckpunkte, die Manuela Schwesig jetzt vorgelegt hat, sehen eine 30-Prozent-Quote für die Aufsichtsräte als Einstieg vor.

Nachhaltige Veränderung der Unternehmens- und Führungskultur per Gesetz

Denn wir sind der Überzeugung: Erst wenn die kritische Masse von 30 Prozent erreicht ist, kann sich die Unternehmens- und Führungskultur in den Unternehmen ändern.

Nur dann werden wir mittelfristig auch unser Ziel, die Gleichstellung in den Topetagen, erreichen.

Nutzen der Potenziale jedes Einzelnen in der Gesellschaft durch stärkere Geschlechtergerechtigkeit

Mit einer gesetzlichen Quote kommen wir der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern ein Stück näher. Gleichzeitig wird auf dem Weg das vorhandene Potenzial an Qualifikation besser ausgeschöpft.

Quote führt zu mehr Gleichberechtigung bei Familie und Beruf

Nicht zuletzt bedeutet die Quote ein Plus an persönlicher Freiheit für Frauen und Männer. Denn nur wenn Frauen gleichberechtigt am Arbeitsleben teilhaben können, können auch Männer sich stärker der Familie widmen.

Das ElterngeldPlus kommt

Von Sönke Rix

Wir entwickeln das Elterngeld weiter: Im Koalitionsvertrag haben wir uns auf das sogenannte ElterngeldPlus geeinigt. An die Umsetzung hat sich jetzt Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, gemacht und einen Referentenentwurf vorgelegt.

Mit dem ElterngeldPlus wollen wir die Rahmenbedingungen für junge Eltern, die wieder früh in den Beruf einsteigen wollen, weiter verbessern: Es soll mehr Flexibilität und Partnerschaftlichkeit ermöglichen. Zukünftig gibt es mehr Elterngeldmonate für solche Paare, die sich die Aufgaben in Beruf und Familie untereinander aufteilen. Damit werden die Wünsche vieler junger Familien erfüllt.

Anpassungen auch bei Teilzeitarbeit geplant

So sieht der Referentenentwurf vor, dass Eltern, die in Teilzeit arbeiten, 24 Monate plus vier Partnerschaftsmonate Elterngeld beziehen und so ihren Einkommensverlust ausgleichen können. Das gilt auch für Alleinerziehende. Bisher waren bei Teilzeitarbeit nur die klassischen zwölf Monate Elterngeldbezug plus zwei Partnerschaftsmonate möglich.

Rollenwandel soll unterstützt werden

Immer mehr Frauen mit Kindern wollen ihr eigenes Geld verdienen und beruflich vorankommen. Väter wollen mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen. Starthilfe, um diesem Rollenwandel gerecht zu werden, haben wir mit der Einführung des Elterngeldes gegeben. Es ist ein Erfolgsmodell: Ein Drittel der Väter nutzt inzwischen die Möglichkeit der Elternzeit, im Schnitt für drei Monate. Gleichzeitig hat die Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern seit 2007 um rund zehn Prozentpunkte zugenommen.

Ich bin mir sicher: Mit dem Elterngeldplus werden wir die Erfolgsgeschichte des Elterngeldes fort-schreiben.

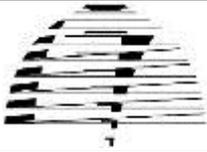


Sönke Rix, Quelle: spdfraktion.de (Susie Knoll / Florian Jänicke)

Traurige Bilanz bei der bisherigen Selbstverpflichtung von Unternehmen

So waren 2013 nur 15,1 Prozent der Führungsetagen der Top-200-Unternehmen in Deutschland mit Frauen besetzt.

Das zeigt: Wir brauchen eine gesetzliche Quote. Sie sorgt



Rückschau auf Termine in Berlin und in den Wahlkreisen

Eine Auswahl an spannenden und interessanten Begegnungen der letzten drei Monate



Dr. Hans-Peter Bartels besuchte am 10. Juni das RBZ Wirtschaft (Ravensberg), um im Rahmen eines Debattierwettbewerbs eine/n Kieler Vertreter/in für das Planspiel Zukunftsdialog der SPD-Bundestagsfraktion zu ermitteln. In spannenden Duellen zu aktuellen politischen Themen traten die Schülerinnen und Schüler gegeneinander an. Am Ende konnte sich Jonas Mordhorst (mitte) durchsetzen und darf Kiel im November in Berlin vertreten.



Eine große Party anlässlich der Einführung des Mindestlohnes feierten u. a. Wolfgang Kahle (DGB-Vorsitzender Wedel), Norbert Vahl (AfA-Kreisvorsitzender Pinneberg), Thomas Hölck (SPD-Kreisvorsitzender Pinneberg), Andrea Hansen (Bürgermeisterin Uetersen) und Dr. Ernst Dieter Rossmann (v.l.n.r.) am 9.7.2014 in Pinneberg.



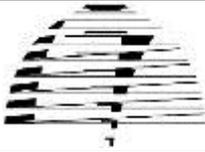
Am 11. Juni diskutierten Bettina Hagedorn und Dr. Nina Scheer, Energieexpertin in der SPD-Bundestagsfraktion, im Rahmen einer „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung zusammen mit der umweltpolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Sandra Redmann, dem SPD-Kreisvorsitzenden für Ostholstein, Lars Winter, und über 80 Gästen in Oldenburg über die sich aus der anstehenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ergebenden Herausforderungen und Chancen für Schleswig-Holstein. Ganz besonders im Fokus standen dabei natürlich die vielen Windparks, Photovoltaik- und Biomasseunternehmen in Ostholstein.



Vier Tage wurde diskutiert, debattiert und gestritten. 315 Jugendliche aus ganz Deutschland schlüpfen im Rahmen des Planspiels „Jugend und Parlament im Mai in die Rolle von Bundestagsabgeordneten und erlebten das Herzstück der Demokratie hautnah. Auf Dr. Birgit Malecha-Nissens Einladung nahm aus ihrem Wahlkreis der Nachwuchspolitiker und Schüler Jelte Poppinga am Programm in Berlin teil. Sein Fazit: „Wie schwierig es ist, für eine parlamentarische Initiative unterschiedliche Positionen unter einen Hut zu bringen und Mehrheiten zu gewinnen, wurde mir erst hier deutlich. Es war eine inspirierende und lehrreiche Woche. Ich fühle mich in meinem Engagement bestätigt und kann eine Teilnahme nur jedem empfehlen.“

Am 15. April kamen 150 Gäste zu einer „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung, zu der Dr. Hans-Peter Bartels in den Kieler Legienhof eingeladen hatte. Der Hauptredner Uwe Beckmeyer, Maritimer Koordinator der Bundesregierung, erläuterte die Pläne der neuen Regierung in den Bereichen Schiffbau, Nord-Ostsee-Kanal und Offshore-Ausbau. Weitere Podiumsgäste waren Heino Bade (Gewerkschaftssekretär IG Metall Küste), Frank Nägele (Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministerium) und Jürgen Rohweder (Vorsitzender des Nautischen Vereins).





Rückschau auf Termine in Berlin und in den Wahlkreisen

Eine Auswahl an spannenden und interessanten Begegnungen der letzten drei Monate



Franz Thönnnes besuchte am 20. Juni das Mehrgenerationenhaus OASE Bad Oldesloe. Im Bild zu sehen sind (v.l.n.r.): Franz Thönnnes, Ekaterina Fedurok (die Internationale Parlaments-Stipendiatin von Franz Thönnnes), Wiebke Finck (Vorstand OASE) und Birte Kruse-Gobrecht (Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Stormarn).



Spatenstich für die Lärmsanierung in Reinfeld am 24. April mit Bettina Hagedorn, Enak Ferlemann (Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium), Bürgermeister Gerhard Horn und der DB-Bevollmächtigten Manuela Herbort.

Am 16. April nahm Dr. Hans-Peter Bartels an der Podiumsdiskussion des SPD-Ortsvereins Lütjenburg zur laufenden Bundeswehrreform teil. Nach seinem Vortrag ging es in der Diskussion mit den 50 Gästen vor allem um neue Nutzungen früherer Bundeswehrstandorte.



Dr. Ernst Dieter Rossmann, Elke Schreiber (stellv. AWO-Kreisvorsitzende Pinneberg), Gerhard Renner (Vizepräsident des Sozialverbands Deutschland) und Gabriele Lösekrug-Möller (Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (v.l.n.r.) bei der „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung am 27. Mai in Pinneberg zum Thema „Nicht geschenkt, sondern verdient! Was die neue Rente bringt“



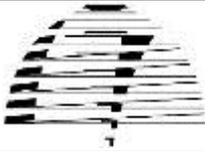
Zweites Stadtwerke-Gespräch zur Kommunalisierung von Stromnetzen am 11. Juni mit Lars Winter (MdL), Regina Pörsch (MdL), Dr. Nina Scheer (MdB), Bettina Hagedorn (MdB) und dem Geschäftsführer der Stadtwerke Eutin, Andreas Bünger.



Am 27. Mai besuchte Bettina Hagedorn die Tafel in Neustadt in Holstein. Mit dabei waren Heinrich Alt (Vorstandsmitglied der BA), einige weitere Vertreter der Bundesagentur für Arbeit sowie der Landtagsabgeordnete Lars Winter.



Anlässlich der vorgezogenen Präsidentschaftswahl in der Ukraine nahm Franz Thönnnes als OSZE-Wahl-beobachter am 23.-26. Mai in Kiew teil. Hier sieht man ihn bei der Prüfung der Wahlurnensiegel.



Franz Thönnes begleitet Bundespräsident Gauck beim Staatsbesuch in Norwegen



Zusammen mit Bundespräsident Gauck (3.v.l.) auf dem Abendempfang an Bord der Gorch Fock

Auf Einladung seiner Majestät König Harald V. besuchten Bundespräsident Gauck und Daniela Schadt vom 11. bis 13. Juni 2014 das Königreich Norwegen. Mit in der Delegation war auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnes in seiner Funktion als Vorsitzender der Deutsch-Nordischen-Parlamentariergruppe.

Nach der Begrüßung durch König Harald und Königin Sonja am 12. Juni legte das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland am nationalen Denkmal für die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs einen Kranz nieder.

Es folgten Gespräche mit dem Präsidenten des Stortings (das norwegische Parlament) Olemic Thommessen und der Premierministerin Erna Solberg. Dabei ging es um die engen und langen Verbindungen zwischen beiden Ländern. Immerhin ist die auch heute noch geltende norwegische Verfassung ein Ergebnis des Kieler Friedens von 1814. Die Energiepolitik und die Förderung der deutschen Sprache waren ebenso Themen.

Gemeinsame historische Erfahrungen als Richtschnur für zukünftige Politik

Einig waren sich die Gesprächspartner, dass die gemeinsamen historischen Erfahrungen auch weiterhin als Leitlinie für eine eng abgestimmte Politik in den Gremien

der NATO und den Vereinten Nationen fungieren sollten. Deutschland wurde von norwegischer Seite sowohl hier, wie auch in der Politik der Europäischen Union eine wichtige Rolle zugewiesen.

Nach einem offiziellen Mittagessen im königlichen Schloss begleitete das Königspaar den Bundespräsidenten zum Nobelinstitut, wo dieser in die Debatte zum Thema „Frieden, Sicherheit und Menschenrechte“ einführte und mit dem Direktor des Instituts Prof. Dr. Geir Lundestad sowie Experten aus beiden Ländern diskutierte.

„Übereinstimmende Meinung war, dass es keinen Frieden ohne Gerechtigkeit gibt. Außerdem haben wir nur einen Katalog der Menschenrechte. Deshalb müssen Demütigungen verhindert werden. Einbeziehung des jeweils Anderen und das Vertrauen durch Verlässlichkeit ist entscheidend. Grundlegende Bedingung bleibt allerdings der Wille zum Frieden“, fasst der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnes die Debatte zusammen.

Ein Staatsbankett im großen Speisesaal des königlichen Schlosses schloss den ersten Tag ab.

Festivalbesuch mit 6.000 Jugendlichen

Am 12. Juni standen die Eröffnung des Youngwood-Festivals sowie ein Lunch der Regierung in der Festung Akershus auf dem Programm.

Vor dem Start des sommerlichen Jugendfestivals begegneten Bundespräsident Gauck, Frau Schadt, Königin Sonja, König Harald, Oslos Bürgermeister Stang und die Delegation zunächst 20 deutschsprechenden Osloer Schülern.

Danach eröffnete das deutsche Staatsoberhaupt das Festival vor etwa 6.000 versammelten Jugendlichen. Hierbei lobte er die große Bedeutung der Kultur für die norwegische Gesellschaft.

Wichtige Themen beim deutsch-norwegischen Wirtschaftsaustausch

Nachmittags folgte ein von Norwegens Wirtschaftsministerin Monica Mæland moderiertes Gespräch mit Vertretern der norwegischen und deutschen Wirtschaft im Osloer Rathaus. Vom regen Austausch beider Nationen profitieren beide Seiten.

„Für uns Schleswig-Holsteiner wird dies insbesondere durch die Color-Line-Fähren auf der Strecke Kiel-Oslo verbildlicht. Darüber hinaus werden aber beispielsweise die natürlichen Bedingungen in Norwegen bei der Energiewende in Deutschland helfen, indem überschüssiger Strom durch See-Kabel ins Königreich geleitet, dort in großen Pumpspeicherkraftwerken gespeichert und bei Bedarf wieder zurückgeschickt wird“, so Franz

Thönnes. Das Kabel wird zwischen Südnorwegen und dem nördlichsten Bundesland verlegt.

Empfang an Bord der Gorch Fock

Am Abend lud der Bundespräsident die Königsfamilie und weitere Gäste zum Empfang an Bord der Gorch Fock ein. Das Segelschulschiff der deutschen Marine mit Heimathafen Kiel lag während des Staatsbesuchs in Oslo.

Spannender Besuch des Marintek-Forschungszentrums

Aus der Hauptstadt ging es am Freitag nach Trondheim, wo die Delegation den Nidarosdom und das Marintek-Forschungszentrum besuchte. Außerdem fand auf Einladung von Bürgermeisterin Rita Ottervik ein Mittagessen im erzbischöflichen Palast statt.

„Es war eine Ehre für mich, den Bundespräsidenten auf dieser Reise zu begleiten. Die nordischen Länder und insbesondere Norwegen sind schon sehr lange ein Schwerpunkt meiner außenpolitischen und ehrenamtlichen Arbeit. Deshalb freut es mich sehr, dass die guten Beziehungen durch diesen Besuch noch weiter vertieft wurden“, zieht der SPD-Bundestagsabgeordnete sein Resümee.



Bundespräsident Joachim Gauck und König Harald V. von Norwegen (2.v.l.) im Gespräch mit Jugendlichen auf dem Youngwood-Festival